

1. Mai-Feier 2017 in Chur

Medienmappe

Chur, 1. Mai 2017

Medienmappe zur 1. Mai-Feier in Chur

Sehr geehrte Medienschaffende

Gerne senden wir Ihnen die Medienmappe zur 1. Mai-Feier in Chur zu.

Zusammenfassung

Die diesjährigen Feierlichkeiten zum 1. Mai standen unter dem Motto „Zukunft für alle. Sozialer. Gerechter“. Trotz strömenden Regens versammelten sich auf dem Theaterplatz in Chur rund 200 Personen in einem Festzelt. Um 17.30 Uhr sprach Cédric Wermuth, Nationalrat SP, zu der Versammlung. Ebenso fanden Kurzreden der JUSO Graubünden, des Vereins Hilfe für Asylsuchende und des Kurdischen Kultur- und Solidaritätsvereins statt. Als Rahmenprogramm begeisterte Renato Kaiser mit Slam Poetry das Publikum. Während der gesamten Veranstaltung konnte man sich durch die Festwirtschaft kulinarisch verwöhnen lassen.

Organisiert wurde die Maifeier vom Gewerkschaftsbund, der SP und der JUSO Graubünden sowie vom Kurdischen Kultur- und Solidaritätsverein Chur.

Für eine Aufnahme in Ihre Berichterstattung bedanken wir uns.

Bei weiteren Fragen stehen Ihnen Simon Suter (Präsident Gewerkschaftsbund Graubünden, 079 359 66 38) oder Caroline Walter (Sekretärin Gewerkschaftsbund Graubünden, 078 794 03 01) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Gewerkschaftsbund Graubünden
Caroline Walter

1. Mai Rede 2017

Von Cédric Wermuth, Nationalrat, Vize-Präsident der SP Fraktion

(es gilt das gesprochene Wort)

Es gab Jahre, als ich angefangen habe mich aktiv politisch zu engagieren, irgendwann kurz nach der Jahrtausendwende, da habe ich einen Moment gebraucht, um für die 1. Mai-Reden herauszufinden, wie ich am besten die Notwendigkeit linker, sozialdemokratischer Politik begründen kann. 2017 stellt sich das Problem umgekehrt: Man weiss gar nicht mehr, bei welcher Katastrophe, bei welcher Krise, bei welchem Despoten, bei welchem Wahl- oder Umfrageergebnis, man eigentlich anfangen soll um den dramatischen Zustand unserer Welt zu schildern. Eine historische Konstante, an der man immer wieder sehr gut den Zustand der Welt ablesen kann, ist der Blickwinkel der Migrationsgeschichte. Und es ist dieser Blickwinkel, der Historikerinnen und Historiker in ein paar Jahrzehnten dazu veranlassen wird, ein vernichtendes Urteil über unsere Generation zu fällen. 65 Millionen Menschen weltweit, sind aktuell auf der Flucht – das ist allzeit Weltrekord. Jeden Tag werden gemäss UNO 34'000 Menschen – die Stadt Chur – neu zur Flucht gezwungen. 94% all' dieser Menschen halten sich nach ihrer Flucht in den Ländern des Mittleren Ostens, in Afrika, in Asien und in Nord- und Südamerika auf. Nur 6% von ihnen schaffen es überhaupt nach Europa.¹

„Das schweizerische Asylrecht ist nicht bloss Tradition, sondern staatspolitische Maxime; es ist Ausdruck der schweizerischen Auffassung von Freiheit und Unabhängigkeit [...] Im Hinblick auf die Pflicht, eine der schweizerischen Tradition entsprechende Asylpraxis einzuhalten, ist eine freie, weitherzige Aufnahme von Flüchtlingen in Aussicht zu nehmen“ – das schreibt der niemand geringeres als der Schweizerische Bundesrat 1957 in einer Grundsatzerklärung zur Asylpolitik.

Was für ein Kontrast mit der neurotischen Angstdebatte, die ganz Europa im irrigen Glauben führt, eine wahnsinnig grosszügige Asylpolitik zu betreiben. 35'000 tote Migrantinnen und Migranten im Mittelmeer in den letzten 25 Jahren², alleine 13'000 zwischen 2014 und heute. Das sind ungefähr so viele, wie die gesamte EinwohnerInnenzahl von Liestal, Pratteln und Frenkendorf [Davos, Landquart, Domat-Ems, St. Moritz und Arosa] – zusammen. Und die Schweiz beherbergt knapp 120'000 Personen, 1.4% der Bevölkerung³.

Und jetzt schreien Sie auf, die Nationalisten und leider in ihrem elenden Opportunismus ein Grossteil der so genannten Liberalen und Christdemokraten. Zu viele seien es! Aber Genossinnen und Genossen, was haben wir uns denn gedacht, als wir begonnen haben, ein Land nach dem anderen in Nordafrika und dem Mittleren Osten zu bombardieren? Ich meine, versteht mich nicht falsch. Ich gehöre zu jene, die durchaus sehen, dass es Moment in der Geschichte gibt, in denen es völlig legitim ist auch mit Waffengewalt gegen Menschenschlächter und Diktatoren vorzugehen. Aber dann muss man doch verdammt nochmal einen Plan. Was dachten wir denn, was die Menschen machen, wenn der Westen

¹ Alle Zahlen: <http://www.unhcr.org/figures-at-a-glance.html>

² Bis 2013: <https://www.theguardian.com/world/2013/oct/03/mediterranean-migrantdeaths-avoidable-loss>,

ab 2014: <https://missingmigrants.iom.int/mediterranean>

³ vgl. Asylstatistik März 2017:

<https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/publiservice/statistik/asylstatistik/archiv/2017/03.html>

ihre Städte bombardiert? Warten? Was dachten wir denn, was passiert, als die UNO 2014 einem Drittel der Syrien-Flüchtlinge die Lebensmittelrationen kürzte, weil wir hier die Banken und ihre Boni retten mussten? Wie zynisch ist es bitte, wenn die Welternährungsorganisation warnt, dass in den nächsten sechs Monaten 20 Millionen Menschen an Hunger sterben könnten, und die Credit Suisse alleine 2017 mehr Boni ausschüttet, als zur Rettung dieser Menschen nötig wäre?⁴ Ja, erwarten wir den ernsthaft, dass die Menschen den Anstand hätten, doch lieber vor Ort zu sterben, als zu flüchten?

Und jetzt haben wir offenbar Angst. Angst vor den Flüchtlingen, vor allem, vor den Muslimen, die „unsere demokratischen Werte“ gefährden könnte. Dabei sind ausgerechnet jene, die lautesten schreien, die die Energiestrategie 2050 bekämpfen, über die wir in 20 Tagen abstimmen. Und die damit nicht anderes tun als ein System zu verteidigen, das die ganze Welt in Abhängigkeit bringt von Erdöl, auf dessen Quellen nicht zuletzt ausgerechnet Terrororganisationen wie der Islamische Staat oder die Despoten in Saudi Arabien sitzen. Und die gleiche Mehrheit in Bundesrat und Parlament, die angeblich im Namen von Frauenrechten und Freiheit im Nationalrat ein Burkaverbot fordert, hat offenbar auch keine Probleme damit Waffen zu liefern an die Türkei unter Erdogan oder an die Fundamentalisten in Saudi Arabien, an Regime das systematisch alles mit Füßen tritt was mit Pressefreiheit, Frauenrechten, Demokratie oder Menschenrechten zu tun hat. Weil es offenbar ganz wichtig ist, dass wenn Frauen und Demokratiebewegungen schon unterdrückt werden, dann bitte wenigstens mit Schweizer Waffen. Das ist doch eine verdammt bigotte Politik Genossinnen und Genossen und das muss endlich ein Ende haben!

Selbstverständlich ist es falsch, in falsch verstandener Toleranz religiöse Fundamentalisten in Schutz zu nehmen. Nur, brauchen wir im Moment gar nicht auf das Erstarken der religiösen Fundamentalisten aller Couleur, damit die Demokratie bedroht wird. Die Bedrohung ist schon mitten unter uns. Ausgerechnet jene, die sich am liebsten mit der Demokratie und ihren Werten schmücken, sind die grösste Gefahr. Es sind jene, die Mal um Mal den Rechtsstaat angreifen, Richter verhöhnen, und die Europäische Menschenrechtskonvention kündigen wollen, damit niemand mehr gegen staatliche Willkür zu Wehr setzen kann. Es sind jene, die bis zum Schluss versucht haben zu verhindern, dass Vergewaltigung in der Ehe zum Officialdelikt wird, es sind jene, die sich gegen gleiche Rechte für Schwule und Lesben wehren, jene, die die Religionsfreiheit in der Verfassung beschnitten haben, jene, die sich seit Jahr und Tag gegen die Lohngleichheit von Mann und Frau wehren, jene, die Menschen in der Gesellschaft versuchen gegeneinander aufzuhetzen, Alte gegen Junge, Schweizer gegen Ausländer, Christen gegen Muslime. Genossinnen und Genossen, wir müssen das mit aller Deutlichkeit sagen, auch dann, wenn es gegen den Wind geht: Die grösste Bedrohung für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat hierzulande, nicht etwa die paar Tausend Menschen, die Schutz suchen, nein. Die grösste Bedrohung für Freiheit und Demokratie seit dem Fall der Berliner Mauer ist der Aufstieg der Antidemokraten der extremen Rechten unter der Führung der SVP und alle Opportunisten, die für ein paar Mandate alles verraten, für was die Demokratie stehen kann.

⁴ <http://www.fao.org/news/story/en/item/882610/icode/>
und <http://www.rponline.de/politik/ausland/eine-milliarde-euro-soll-den-hunger-im-jemen-lindern-aid1.6778359>

Und wir brauchen nur einmal kurz den Kopf zu heben und herum zu schauen, um zu sehen, die grosse diese Bedrohung ist. In Österreich macht der Kandidat der FPÖ fast 50% der Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen, in Frankreich zieht Marine Le Pen mit einem historischen Resultat in die zweite Runde der Wahlen ein, in Holland gewinnt Geert Wilders die Wahlen und zwingt die Regierung zu unzähligen Konzession an sein fremdenfeindliches Programm und in beiden Ländern liegt die Sozialdemokratie am Boden. In Polen, Ungarn oder der Türkei ist die Rechte keine theoretische Bedrohung mehr, sondern wird das Rad der Zeit Schritt für Schritt zurück gedreht, von der Pressefreiheit über das Recht auf Abtreibung bis zum Asylrecht. Und wenn der 1. Mai 2017 auf eine europaweite Botschaft reduziert werden müssten, dann kann es nur eine gemeinsame Botschaft an alle Demokratinnen und Demokraten geben: Es darf kein Zusammengehen, keine Toleranz, keine Deals, keinen Fussbreit an die Antidemokraten. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen und als gehört er in den Mülleimer der Geschichte.

Es wird aber nicht reichen, die Rechte kurzfristig an den Urnen zu besiegen. Schon gar nicht, wenn der Preis dafür eine Politik des weiter wie bisher ist. Wie Martin Schulz richtig sagt: Ich bin überzeugter Europäer, nicht weil ich glaube, dass alles so bleiben muss wie heute ist, sondern im Gegenteil, weil ich überzeugt bin, dass sich alles ändern muss, wenn wir Europa retten wollen, dass wir Europa vom Kopf wieder auf die Füsse stellen müssen. Nach dreissig Jahren neoliberaler Dominanz gibt es einen unverkennbaren Boden für Nationalismus und Fremdenhass. Die Strategie war und ist der schrittweise Abbau der über Jahrzehnte erkämpften sozialen und wirtschaftlichen Teilhaberechte. Genau jene, die sich jetzt über den Untergang der Werte und Moral beklagen, sind die Architekten dieses Untergangs. Was gibt es denn für einen wichtigere, ganz liberalen Wert als jene, des sozialen Ausgleichs? War das den liberalen Gründerinnen und Gründern des modernen Europas im 19. Jahrhunderts irgendwo noch klar, scheint das heute vergessen. Ein Bericht von Oxfam stellte bereits 2015 fest, dass in Europa 123 Millionen Menschen inzwischen an oder unter der Armutsgrenze leben. 50 Millionen geben an, die Rechnung für die Heizung in der Wohnung nicht bezahlen zu können. Das muss man sich einmal vorstellen. Dem gegenüber stehen gut 350 Milliardäre, doppelt so viele wie noch 2009.⁵

Zahlen, die auch die Situation in den Nationalstaaten widerspiegeln. Es ist krass, an welches Niveau von Ungleichheit wir uns inzwischen gewöhnt haben. Seit Jahren ist meine Lieblingsquelle dazu die Wirtschaftszeitschrift Bilanz, nicht gerade im Verdacht linksextrem oder so zu sein. Gemäss aktueller Bilanz-Liste der 300 Reichsten Schweizerinnen und Schweizer liegt die Familie Kamprad mit 46 Milliarden Familienvermögen auf Platz 16. Jemand der den gewerkschaftlich geforderten Mindestlohn von 4000 Franken verdient, notabene Mal 13, ca. 10'000 vor Christus mit Arbeiten begonnen haben müssen um auf den gleichen Betrag zu kommen, also noch 4000 Jahre bevor ersten Brexit, als nämlich die Britische Platte durch die Überflutung des Ärmelkanals geografisch von Europa getrennt wurde. Aber nicht nur die Differenzen zwischen ganz oben ganz unten sind erschreckend, sondern auch zwischen der Mitte der Gesellschaft und ganz oben. Um das zu verdienen, was der UBS-Chef Sergio Ermotti 10 Jahren verdient, müsste eine Baselbieter [Bündner] Primarlehrerin, die 45 Jahre im Beruf

⁵ <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2015-09-08-oxfam-berichtungleichheit-armut-europa-bedrohen-sozialen>

⁶ <http://www.bilanz.ch/300-Reichste-live>

arbeitet, ab dem 1. Tag den Maximallohn verdient und nie auch nur je einen einzigen Franken ausgibt 28 Mal [29 Mal] wiedergeboren werden um auf den gleichen Betrag zu kommen.⁷

Und diese Umverteilung ist nicht einfach nur anekdotisch. 2007, ein Jahr vor der Finanzkrise hatten die 300 Reichsten Schweizerinnen und Schweizer zusammen ein Reinvermögen von 460 Milliarden Schweizer Franken. Schon damals ungefähr das Bruttoinlandprodukt von Schweden oder Norwegen. Heute, neun Jahre nach der Finanzkrise, besitzen die gleichen 300 Personen satte 613 Milliarden, also 153 Milliarden mehr, als nach neun Jahren der tiefsten Wirtschaftskrise, die dieser Kontinent seit dem 2. Weltkrieg erlebt hat. Und gleichzeitig erklärt man uns in Kanton nach Kanton, dass bei den Leistungen an die Bevölkerung jetzt abgebaut werden müsse, weil das Geld fehle. Die Steuer- und Wirtschaftspolitik von Bund und Kantonen hat dazu geführt, dass vor allem dank höhere Krankenkassenprämien und Mieten tiefere und mittlere Löhne trotz flächendeckenden Steuersenkungen heute weniger im Portmonnaie haben, als vor 10 Jahren, die Top 10% der Löhne, aber mehr.⁸ Die rechte Mehrheit hat in den ersten eineinhalb Jahren neue, wiederkehrende Geschenke an ihre Klientel von mindestens 7 Milliarden Franken beschlossen, die die Was hier im Gange ist, Genossinnen und Genossen, ist nichts anderes als ein schamloser Raubzug auf Reichtum dieses Landes, es ist Klassenkampf von oben und er gehört endlich gestoppt und umgedreht!

Die besten Verbündeten dieser Umverteilungsmaschinerie sind Angst und Unsicherheit. Nur wer Angst hat vor der Zukunft, der oder die lässt sich seine sozialen Errungenschaften, seine Rechte, seine AHV, seine IV, seine Arbeitslosenversicherung kürzen. Nur, wer in einer Situation der permanenten Unsicherheit lebt, der lässt sich Einschüchtern und Erpressen, nur wer Angst hat vor der Zukunft, willigt ein, mehr zu arbeiten für den gleichen Lohn. Nur, und hier treffen sich Kultur- und Klassenkampf von oben: Nur, eine Gesellschaft, die in genügend Unsicherheit und Angst lebt akzeptiert ein Wirtschaftssystem, in dem sich einige wenige immer schamloser bedienen. Und die Folge von Angst und Unsicherheit ist Ohnmacht. Das Gefühl, sowieso nichts ausrichten zu können gegen all' das, was um uns geschieht. Und genau diese Ohnmacht, ist das politische Ziel der neoliberalen Rechten, sie führt zur Abstinenz von Politik. Für sie ist nämlich Politik vor allem etwas, das sie daran hindert, die Menschen und die Ressourcen unseres Planeten auszubeuten. Ihre Vorstellung von Politik ist eine Politik, in der man scheinbare Sachzwänge, Standort- oder Steuerwettbewerb, oder die gesellschaftliche Ungleichheit einfach als unveränderlicher Ordnungsrahmen hinzunehmen hat, oder wie es die deutsche Bundeskanzlerin einmal formuliert hat: Demokratie ja gerne, aber bitte nur marktkonform. Unsere Gesellschaft ist heute an einem Punkt, an dem die Ohnmacht angesichts all' der Krise, die auf uns herab prasseln fast universell scheint: Flüchtlingskrise, Umweltkrise, Klimakrise, Krim-Krise, Wirtschaftskrise. Wer von uns ist am schieren Zustand dieses Planeten nicht schon mindestens einmal fast verzweifelt? Wer von uns hat sich nicht schon ernsthaft gefragt, ob sich das ganze Anrennen eigentlich noch lohnt?

Vor ein paar Jahren hätte ich an dieser Stelle vielleicht noch die Geschichte der Sozialdemokratie verwiesen, um Hoffnung zu schöpfen für den Kampf gegen die Ohnmacht. Heute reicht die Gegenwart dazu. Vor eineinhalb Jahren, hat die Linke die Wahlen verloren in diesem Land. Seither hat sie sich zusammengerauft wie noch selten. Sie ist aufgestanden und hat gekämpft. Gemeinsamen, Genossinnen und Genossen, haben wir den verheerenden

⁷ vgl. Lohndatenerhebung der D-EDK: <https://www.d-edk.ch/lohndatenerhebung>

⁸ vgl. Work Zeitung vom 28. April 2017, Seite 8

Entscheid vom 9. Februar 2014 korrigiert und die Zukunft der Schweiz in Europa sicher gestellt. Wir haben vor gut einem Jahr, die Durchsetzungsinitiative gewonnen, dank einer einzigartigen Mobilisierung. Wir haben es geschafft, eine Rentenreform durchzusetzen, die – einmal in diesem Moment in Europa – den solidarischen Anteil der Rentenfinanzierung stärkt. [Graubünden] Vor einem Monat waren 10'000 Menschen auf der Strasse um für gleiche Rechte für Männer und Frauen zu demonstrieren und wir haben gemeinsam das Prestigeprojekt der Rechten, die Unternehmenssteuerreform III zu Fall gebracht. Genossinnen und Genossen, wenn uns die ersten eineinhalb Jahr dieser Legislatur etwas lehren, dann das: Linke Politik gewinnt nicht, wenn wir uns selber bemitleiden, sondern wir aufstehen und gemeinsamen kämpfen. Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und neoliberaler Klassenkampf von oben gehen Hand in Hand. Gegen beides muss sich die Linke hier und in Europa entschieden zu Wehr setzen.

1. Mai Rede 2017 Verein Hilfe für Asylsuchende

Von Gustav Ott

(es gilt das gesprochene Wort)

I have a dream

Ich träume davon, dass alle Menschen gleich seien.

Nicht dass alle Menschen gleich aussehen würden. Es gibt grosse und kleine, weibliche und männliche, dunkle und helle, auch intelligentere und weniger intelligente Menschen. Sie sprechen auch verschiedene Sprachen. Guetä Tag und Buonas Dias, Nihau und Good morning, Salam und Mangwanani. Und sie haben verschiedene Kulturen, Religionen usw..

In der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, von der UNO bei deren Gründung 1948 beschlossen, steht in „ Artikel 1: Alle Menschen sind **gleich an Würde und Rechten** geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen“.

Das ist so klar und so banal.

Die Erklärung der Menschenrechte war ein Traum, welchen die Menschheit am Ende eines grausamen Krieges, nach dem 2. Weltkrieg, gehabt hat. Die Menschen dieser Zeit, inklusive der Politikergeneration nach dem Weltkrieg, hatten genug von Krieg und Unrecht, genug von Gefängnissen und Zerstörung.

Ich träume davon, dass jedes Kind dieser Erde in liebevoller Umgebung und in Sicherheit aufwachsen kann.

Weit weg ist dieser Traum von der Realität in unserer Welt. Es gibt auch heute wieder Kinder, die nichts als den Krieg kennen. Es gibt Kinder, die nichts als das Leben auf der Flucht kennen. Es gibt Kinder, die auf der Flucht von ihren Eltern getrennt werden, oder die allein auf die Flucht geschickt werden, um wenigstens sie nicht dem Tod auszuliefern. Wir sehen seit einigen Wochen die Bilder von der Hungerkatastrophe in Sudan und Somalia und weiteren Ländern der Region. Die Sammlung der Glückskette allein beruhigt mich nicht. Das Welternährungsprogramm, welches in Katastrophen dieses Ausmasses die Führung übernehmen muss, hat und bekommt nur einen Bruchteil der Mittel, um die Menschen durch diese Dürre hindurch zu ernähren. Ich träume davon, dass Hungerkatastrophen dieses Ausmasses gar nicht entstehen können. Das grösste Flüchtlingscamp der Welt ist heute nicht an der Grenze zu Syrien, sondern im Norden Kenias.

Ich träume davon, dass jedes Kind, jeder Jugendliche dieser Welt nicht nur ein Recht auf Bildung hat, sondern diese auch bekommt. Dass der Zugang zu Berufsbildung und Hochschulbildung allen entsprechend begabten Kindern offensteht.

Die Realität ist weit davon weg. In manchen Staaten Afrikas mussten wieder Schulgebühren auch für die Primarschulstufe eingeführt werden, weil die Staaten bankrott sind. Eine ordentliche Schulbildung in Staaten mit Kriegen ist ebenso illusorisch wie eine Schulbildung in den Flüchtlingslagern der Welt.

Ich träume davon, dass kein Mensch mehr vor Verfolgung, Hunger oder Krieg fliehen muss.

Die Realität ist, dass heute sicher 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Die meisten nicht in Europa, sondern als innere Flüchtlinge, z.B. im Irak, in Afghanistan, in Syrien. Oder dann in den Anrainerstaaten. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung Libanons sind Flüchtlinge aus Syrien und Palästina. Wir können und müssen von Flüchtlingskrisen sprechen. Doch die Krise ist nicht bei uns mit aktuell 30'000 Asylanträgen pro Jahr, sondern in den Krisenregionen selbst am grössten. Flüchtlingskrisen sind immer menschengemacht und wären vermeidbar.

Ich träume davon, dass jeder Mensch auf der Flucht Schutz bekommen kann. Asyl ist Schutz vor Verfolgung.

Die Realität ist, dass vielen dieser Menschen der Schutz verwehrt wird. Wir haben immer mehr Mauern und Zäune in Europa. Mauern in den Köpfen, Zäune in Ungarn und Mazedonien, in Griechenland und Italien, Europa hat sich zur Festung hochgerüstet. Die Fernhaltung von Asylsuchenden wird als Erfolg gefeiert. Was für ein Erfolg! Eine der grossen Errungenschaften der EU war die Abschaffung der inneren Grenzkontrollen. Diese werden nun Zug für Zug wieder eingeführt. Die Landrouten nach Europa sind dicht. Es bleibt oft nur die lebensgefährliche Reise über das Mittelmeer. 6500 Menschen sind dieses Jahr im Mittelmeer bereits nachweislich ertrunken. Wer es schafft bis nach Italien oder Griechenland, bleibt in den dortigen Zentren hängen und kommt kaum weiter, jedenfalls nicht auf eine legale Art.

Ich träume davon, dass Menschen solidarisch sein können. Dass wir, zusammenstehen können gegen Ausbeutung und Kriege, für Frieden und Menschenrechte für alle Menschen.

I have a dream.

Wir haben und brauchen Visionen, Träume. Ich meine natürlich nicht die Visionen eines Präsident Trump von America first oder Switzerland first. Ich meine Visionen wie die Autoren der Erklärung der Menschenrechte sie hatten, die an das Gute und Wertvolle in jedem Menschen glaubten.

Eine Gesellschaft ohne Visionen stirbt. Sie erschöpft sich im Geldverdienen und Zäunebauen. Pflegen wir unsere Visionen, und wir werden gemeinsam Schritte vorwärts machen können.

We have a dream

1. Mai Rede 2017 JUSO Graubünden

Von Gianna Lena Fetz

(es gilt das gesprochene Wort)

**Charas camaratas, chars camarats ed tuts tranteren.
Charas preschentas ed chars preschents.**

**Liebe Genossinnen, Genossen und alle dazwischen.
Liebe Anwesende.**

Die Zukunft ist ungewiss, unvorhersehbar. Eigentlich logisch - wie soll irgendwer in die Zukunft blicken können?

Doch gewisse Dinge sind zu erwarten, leben wir doch unter dem Kapitalismus, einem System, das von regelmässig wiederkehrenden Krisen geprägt ist.

Wir sehen es in allen Bereichen unseres täglichen Lebens. Wann kommt das nächste Bildungssparpaket? Wann der nächste Angriff auf unsere Altersvorsorge? Wann der nächste Börsencrash? Genau kann es niemand prophezeien. Doch klar ist: Sie werden kommen. Die Verschlechterung unserer Lebensumstände scheint unausweichlich. Doch wir wären nicht links, wenn wir diese scheinbare Alternativlosigkeit hinnehmen würden. Wir wären heute nicht hier versammelt, wenn wir nicht an ein anderes, an ein besseres System glauben würden, wenn wir nicht Tag für Tag für eine bessere Welt kämpfen würden. Eine Welt, in der wir mit Freude und Zuversicht in die Zukunft blicken können.

Leider liegt es nahe, diese bessere Welt als unerreichbare Utopie abzuschreiben, als eine Traumwelt, konstruiert von uns unverbesserlichen linken Gutmenschen. Aber auch wenn die komplette Überwindung des Kapitalismus noch in weiter Ferne liegen mag - es gibt realistische Ansätze, die unsere Welt schon heute immerhin teilweise verbessern können. Doch in unserem Bestreben, unsere Welt damit lebenswerter zu gestalten, werden wir immer mit denselben Sätzen konfrontiert: "Kein Geld." "Zu teuer." "Wir müssen sparen". "Wir müssen den Gürtel enger schnallen".

Genossinnen und Genossen, dass uns das Geld für unser Bildungssystem fehlt, das sogenannte "Loch in der AHV" - diese Probleme sind konstruiert. Wir haben genug Geld für musische Fächer, wir haben genug Geld, um die Altersvorsorge zu finanzieren. Doch dieses Geld liegt seit Jahrzehnten in den Taschen der Reichen, der Firmen und Unternehmen, die einen Bruchteil der Steuern zahlen, die sie sich eigentlich leisten könnten.

Genau hier setzt die 99%-Initiative der JUSO an, die wir vor zwei Monaten lanciert haben. Sie sieht vor, Kapitalgewinne stärker zu besteuern, um die ungleiche Verteilung der Reichtümer dieser Welt immerhin in einem Aspekt abzuschwächen. Nun, so wichtig solche Ansätze auch sind: Wir müssen uns bewusst sein, sie sind trotzdem nur kleine Pflastersteine im Weg zu einer nachhaltigen Lösung für die Auswüchse des Kapitalismus. Doch ich bin überzeugt, wenn wir immer weiter in die richtige Richtung Pflastersteine legen, werden wir irgendwann an unserem Ziel ankommen - solange wir unsere Gutmenschen-Utopien einfach nie aus den Augen verlieren.

1. Mai Rede 2017 Kurdischer Kultur- und Solidaritätsverein Chur

Von Mehmet Ekici

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen, geschätzte Anwesende

Wir treffen uns heute um wie jedes Jahr den tapferen Frauen und Männer zu gedenken, die unter Einsatz ihres Lebens dafür gekämpft haben, dass wir heute bessere Arbeitsbedingungen haben.

Von besseren Arbeitsbedingungen profitieren alle, auch die Arbeitgeber. Die besseren Arbeitsbedingungen gehen immer von den unmittelbar Betroffenen aus: Vor über hundert Jahren war es die Forderung nur 8 statt 12 Stunden pro Tag zu arbeiten. Heute kann es eine Kindertagesstätte sein. Immer wieder werden solche Forderungen von den Herrschenden als Gefahr für die Gesellschaft und Wirtschaft abgekanzelt. Weder die Wirtschaft noch die Gesellschaft ist daran zugrunde gegangen und im Rückblick bezeichnen wir das alle als Fortschritt.

Die Unfähigkeit der Herrschenden sich in die Lage der Untergebenen zu versetzen und mit Empathie an der Lösungsfindung mitzuarbeiten verursacht unendlichen Schmerz und Leid bei Menschen, die oft nur das Unglück haben, für die Umsetzung der Machtpläne nicht wirklich wichtig zu sein.

Schon seit mehreren Jahren sind die Menschen in Syrien Opfer solcher Umstände.

Der Krieg in Syrien ist immer noch in vollem Gang. Kaum 3000 Km von hier sterben täglich Menschen und werden Heime zerstört. Millionen Flüchtlinge sind immer noch auf der Flucht und wollen nichts anderes als einen Neuanfang wagen, denn Ihr Leben ist wie unseres: Es gibt es nur einmal und kann nicht nachgeholt werden!

Die Grenzen in Europa werden immer dichter. Verständlich, denn die Menschen auf der Flucht sind nicht nur Opfer eines Krieges um Öl sondern auch von Schleppern und von Menschen, die sich auf Ihre Kosten bereichern oder profilieren wollen.

Auch der Freiheitskampf in Kurdistan geht unbemerkt von uns allen weiter. Durch den Staatsterror der Türkei werden immer mehr Menschen getötet, lebendig verbrannt, seelisch und körperlich verletzt und aus ihrer Heimat vertrieben. 500'000 Kurden leben in ganz Europa verstreut.

Abdullah Öcalan, der gewählte Chef der PKK ist immer noch in der Isolationshaft und darf weder von seiner Familie noch von Anwälten besucht werden.

Als am 15. Juli 2016 der Militärputsch niedergeschlagen wurde, ist in der Türkei der Ausnahmezustand verhängt worden. Dieser misslungene Putsch des Militärs nimmt der selbsternannte Diktator Erdogan zum Anlass einen zivilen Putsch durchzuführen. Unter fadenscheinigen Vorwänden werden seit Oktober Kurdische PolitikerInnen der HDP (Demokratische Partei der Völker) in der Türkei willkürlich verhaftet. Es genügt der Vorwurf, sie seien Mitglieder der PKK oder würden für diese Propaganda machen, um sie festzuhalten und ihnen die Bürgerrechte zu entziehen

Zurzeit sind 88 Bürgermeister der kurdischen Provinzen sowie 13 Kurdische Abgeordnete im Parlament in Haft genommen worden, darunter die Parteivorsitzenden der HDP Selahattin Demirtas und Figen Yüksesdag.

Sie alle setzen sich für eine demokratische Gesellschaft ein, für Geschlechtergerechtigkeit, für soziale Wirtschaft und für den Schutz der Umwelt. Es genügt, eigene Vorstellungen und Gedanken zu haben und sie auszusprechen oder den Interessen im Wege zu stehen um im Gefängnis zu landen.

Die türkische Regierung hat seit dem Putsch tausende Staatsangestellte entlassen oder suspendiert. Tausende Akademiker wurden mundtot gemacht oder von Stellen entfernt. Damit erreicht sie, dass normale Aufgaben des Staates nicht mehr erfüllt werden: Schulen sind geschlossen, Ämter sind nicht besetzt und die Bürger werden dem Machtvakuum ausgesetzt. Dies geschieht mit Absicht und Plan in der Hoffnung, dass die geschundene Bevölkerung Ihre Heimat aufgibt und an einem anderen Ort eine Zukunft sucht.

Unter diese schrecklichen Situationen wurde in der Türkei am 16. April diese Jahres ein problematisches Referendum durchgeführt, welches Erdogan und seiner Partei noch mehr Macht zugesteht, sodass die vergangene und zukünftige Willkür auch noch gesetzlich abgesegnet wird.

Internationale Wahlbeobachter der OSZE stellen der türkische Führung ein schlechtes Zeugnis aus: Im Vorfeld und während der Wahl wurden internationale Standards für Demokratische Prozesse nicht eingehalten.

So hat die Internationale Wahlbeobachtermission ungleiche Bedingungen für Befürworter und Gegner des Präsidialsystems kritisiert und die Änderung der Abstimmungsregeln wird als „Beseitigung von wichtigen Schutzvorkehrungen“ für die Demokratie bezeichnet. Trotzdem erklären sich Erdogan und AKP als Sieger dieses Verfassungsreferendums. Um die Farce komplett zu machen segnet die Hohe Wahlkommission das unglaublich knappe und je nach Auszählungsweise verlorene Resultat auch noch ab.

Wir können uns alle fragen: Was geht uns das an? Was habe ich mit den Problemen der Türken, Kurden oder Syrern zu tun?

Alle diese entwurzelten Menschen verschärfen den Druck in unserer Gesellschaft. Das Gedankengut, welches ein Mann wie Erdogan verkörpert, schwellt auch in Frankreich, England, Amerika und in der Schweiz. Alle, die wir eine solidarische, soziale, den Geschlechtern, Religionen und sexueller Ausprägung gegenüber tolerante Gesellschaft wollen, sollten uns angegriffen fühlen.

Personenkonzentrierte Machtkonzentrationen, wie die in der Türkei, die zwar wählen und abstimmen lässt, wie vor dem zweiten Weltkrieg, aber gleichzeitig all jene verfolgt, einsperrt und ökonomisch vernichtet, die sie unter falschen Vorwänden als Verschwörer und Terroristen anprangert.

Man kann es so oder anders nennen:

Die Türkei war nie eine ausgewachsene Demokratie. Das Tempo allerdings, mit dem Erdogan die hoffnungsvollen Ansätze zu Demokratischem Pluralismus, auch in der AKP selbst, in wenigen Jahren zerstört hat, ist atemberaubend.

Erdogan benutzt das Leid und die Menschen auf der Flucht als Pfand und als Waffe gegen uns, weil ihm bewusst ist, dass er damit unsere Strukturen auf harte Prüfungen stellt und unreflektierte Emotionen auslösen kann.

Was aber können wir tun? Was sollen wir tun Angesichts einer neuen Diktatur, die wirtschaftlich so eng mit Europa und der Schweiz verwoben? Was sollen wir tun Angesichts einer wachsenden Nationalistischen Bewegung in ganz Europa und der Welt, die beängstigende Parallelen zur Situation vor dem Zweiten Weltkrieg hat und die angefeuert wird von Menschenverächtern wie Erdogan?

Das ist für mich der eigentliche Grund für diesen grossartigen Gedenktag, dem Tag der Arbeit: Erinnern wir uns mit Hochachtung an die persönlichen Opfer dieser Menschen für die Gemeinschaft, die zu Ihrer Zeit verleumdet und eingesperrt wurden:

- Setzen wir uns ein für Internationale Solidarität zwischen den Völkern!
- Stoppen wir den Nationalismus und den Religiösen Fanatismus aller Couleur!
- Stoppen wir den Staatsterror in der Türkei indem wir auf Produkte verzichten, die dort hergestellt werden!
- Stoppen wir die Ausfuhr von Kriegsmaterialien in die Türkei und verhindern wir aktiv, dass Waffen aus der Schweiz in Kriegsgebieten auftauchen!

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit und wünsche ich euch weiterhin eine schöne 1. Mai Feier!